



Monika Becker
Sprecherin der FDP
im Kreistag

Haushaltsrede
der Sprecherin der FDP
im Kreistag Rhein-Lahn am 12. Dezember 2016
zum Haushalt 2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Hauptstraße 34
56379 Winden

Tel. 02604/950076
Fax 02604/950074

Email:
fdp@fdp-kreistag-rhein-lahn.de

Internet:
www.fdp-kreistag-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

im vierten Jahr in Folge legt uns die Verwaltung einen Haushaltsplan vor, der einen Jahresüberschuss aufweist.

Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, fällt der Jahresüberschuss in diesem Jahr deutlich geringer aus, als in den drei Jahren zuvor: 3,67 Mio waren es 2014, 5,5 Mio 2015 und 4,3 Mio im ablaufenden Jahr 2016 - für 2017 rechnet dieser Haushaltsplan mit einem mageren Überschuss von 161.455 €

Und selbst wenn, wie CDU und FWG ja nicht müde werden zu prognostizieren, der Jahresabschluss 2017 deutlich besser ausfällt als im Plan vorgesehen, da dieser viel zu vorsichtig und konservativ aufgestellt wäre – meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass wir an die Jahresergebnisse der vergangenen Jahre herankommen.

Aber – und das ist wohl zwischen uns allen unstrittig – wir sind auf einem guten Weg. Auf einem Weg der Haushaltskonsolidierung und damit einem zukunftsorientierten Weg für unseren Rhein-Lahn-Kreis.

Die Steuereinnahmen sind im vergangenen Jahr um 0,5% zurückgegangen, d.h. wir müssen an unserer Standortpolitik arbeiten und den Rhein-Lahn-Kreis noch attraktiver machen für Unternehmen und damit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Heimatkreises.

Kompensiert werden die sinkenden Steuereinnahmen allerdings durch Ertragssteigerungen bei den Landeszuweisungen, die wir natürlich begrüßen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen diese steigenden Landeszuweisungen auch dringend, da wir - wie wir ja alle wissen – nach wie vor jährlich steigende Kosten bei der Sozial- und Jugendhilfe, bei den Kindertagesstätten - mittlerweile betragen die Aufwendungen für die Teilhaushalte 6 und 7 74,07% des gesamten Haushaltsvolumens - und vor allem auch für die Personalaufwendungen haben.

Aber, ich betone das gerne auch noch einmal, ich bin der Auffassung, wir sind auf einem guten Weg.

Denn, meine Damen und Herren, wir investieren in wichtige Bereiche, um unseren Kreis zukunftsfest zu machen, trotz demografischem Wandel und Konkurrenz zu Standorten, die städtisch geprägt sind. Der ländliche Raum hat viele Chancen, der Rhein-Lahn-Kreis allemal, wenn wir daran arbeiten, ihn attraktiv zu halten und vielleicht auch zu verbessern für junge und alte Menschen, für Gewerbe aller Art, von Handwerksbetrieben über Dienstleister, Touristische Unternehmen und und und.

Und wir sind auf dem richtigen Weg:

Wir investieren 13,3 Mio € in den Kreisstraßenbau, die Beförderung zu Kitas und Schulen und den ÖPNV,

37,6 Mio € in den Betrieb und die Erweiterung von Kindertagesstätten,

wir setzen 7,4 Mio € für die Unterhaltung unserer Schulen, auch für das neu aufgestellte Turnhallenkonzept ein und wir sorgen für einen vernünftigen Breitbandausbau bis Ende 2017 im gesamten Kreis. Eine absolut gelungene Gemeinschaftsanstrengung der Gemeinden und des Kreises, um die zweite Säule der Infrastruktur - neben Bau und Erhaltung der Straßen - sicher zu stellen.

Mit all diesen Maßnahmen liegen wir richtig. Trotzdem, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, halte ich es für unerlässlich, auch in Zukunft unseren Haushalt mit aller Vorsicht und Zurückhaltung, Risiken einplanend – also konservativ

aufzustellen, übrigens so, wie es unter Beifall der CDU der Bundesfinanzminister auch tut. Der Ruf der gleichen CDU nach „mehr Mut“ beim heimischen Haushalt erschließt sich mir deshalb beim besten Willen nicht.

Und die Risiken sind greifbar, meine Damen und Herren:
Welche Kosten kommen auf uns zu bei der Unterbringung von Asylbegehrenden?

Welche Kostensteigerungen erwarten uns bei der sozialen Sicherung und den Kindertagesstätten?

Oder was wird mit den Zinsen? Eigentlich müssten wir es für die Bürgerinnen und Bürger, die ja auch Sparer sind, wünschen, dass die Zinsen steigen. Trotzdem halten wir als öffentliche Haushalte von Jahr zu Jahr die Luft an in der Hoffnung, dass die Zinsbelastung so niedrig bleibt, damit wir unserer Liquiditätskredite weiter zurück fahren können.

Nichts ist sicher, meine Damen und Herren, nur eines: es wird nicht einfacher, diese Probleme bleiben uns erhalten.

Und noch einmal: Ja, wir sind auf einem guten Weg der Konsolidierung, aber wir sind noch lange nicht am Ende dieses Weges angekommen.

Wir hatten 2016 nach wie vor einen durchschnittlichen Liquiditätskreditbedarf von 52 Mio €

Wir haben nach wie vor ein negatives Eigenkapital von 29,1 Mio € und wir sind Teilnehmer am kommunalen Entschuldungsfond, d.h., wir sind vielleicht aus dem Gröbsten, aber bei weitem noch nicht aus allen Haushaltsproblemen heraus.

Das bedeutet übrigens auch, dass wir zwar einen Jahresüberschuss im Ergebnishaushalt erwirtschaftet haben, aber einen wirklichen Haushaltsausgleich, wie ihn der Gesetzgeber verlangt, auch in den nächsten fünf Jahren nicht erreichen werden.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Situation verlangen CDU und FWG, die Kreisumlage um 0,8% zu senken, um die Situation der Gemeinden zu verbessern.

Das ist natürlich zunächst einmal eine löbliche Verhalten, wir alle wollen unsere Gemeinden schützen und stärken, es klingt ja auch gut und kommt bei den Gemeinden auch sicher gut an. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FWG ist es auch seriös und durchdacht? Wo bringt es den Kreishaushalt hin?

Die Verwaltung hat ja bereits vorgerechnet, welche Auswirkungen eine Umlagesenkung um 0,8% haben würde: Minus 928.267 € weniger würde es bedeuten und damit wäre unser Jahresüberschuss nicht nur weg sondern wir hätten einen Jahresfehlbetrag von 766.812 €, also einer satten dreiviertel Million im Minus. Was wird dann mit unserem guten Weg der Konsolidierung des Kreishaushaltes?

Und wissen Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was ich wirklich nicht in Ordnung finde? Sie halten es noch nicht einmal für Ihre Aufgabe, Einsparvorschläge zu machen, um den Fehlbetrag auch nur annähernd zu kompensieren.

Im Gegenteil: Sie fordern auch noch dazu auf, z.B. für das Turnhallenkonzept mehr Geld auszugeben, da waren Ihnen die Planungen, die die Verwaltung dazu vorgelegt hat, nicht ausreichend.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die in Ihrem Antrag vorgetragene Argumente eingehen: Im Wesentlichen argumentieren Sie mit verbesserten Erträgen durch Zuweisungen des Landes und einer Reduzierung der Rückführung der Liquiditätskredite im Kreis als Rechtfertigung für die Senkung der Kreisumlage.

So führen Sie hier aus, dass die vom Bund fließenden Integrationsmittel als Argument für eine Kreisumlagesenkung geeignet seien. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen:

Meinen Sie das ernst? Diese Mittel sind für die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen vorgesehen. Den Vorschlag, der aus den Reihen der FWG vom Kollegen Harald Gemmer dazu kam, die Mittel dorthin zu lenken, wo in der Tat Integrationsleistungen vorgenommen werden, halte ich für absolut vernünftig und richtig. Sie dagegen wollen die Mittel dafür nutzen, den Ergebnishaushalt des Kreises schön zu schreiben und mit Ihrer Kreisumlagensenkung alle Gemeinden zu bedienen, ob sie nun Integrationsmaßnahmen durchführen oder nicht.

Auch Ihr Argument, durch die Schließung der AfA in Diez würde Personal frei, dass sich jetzt kreiseigenen Aufgaben widmen könne, ist für mich nicht nachvollziehbar: Haben Sie nicht berücksichtigt, dass die Personalkosten für diese Mitarbeiter mit der Schließung der AfA auch nicht mehr vom Land erstattet werden und nun vom Kreis getragen werden müssen – also eine Mehrbelastung darstellen.

Alles nicht schlüssig, meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FWG!

Und dann stand sogar auch noch der Versuch, einen Haushaltstrick anzuwenden, der selbstverständlich nicht zulässig ist, nämlich die veranschlagten Mittel für das Turnhallenkonzept aus dem Erhaltungsaufwand – und damit aus dem Ergebnishaushalt – zu den Investitionen zu verschieben und damit über Investitionskredite zu finanzieren – das, meine Damen und Herren halte ich schon für abenteuerlich!

Das ist nicht nur nicht in Ordnung, das ist auch nicht seriös!

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FWG, machen sie sich weiter keine Gedanken. Sie stehen mit derartigem Vorgehen mitten im Zeitgeist. Sie sind sozusagen auf dem postfaktischen Weg – das ist modern.

Die FDP bleibt in diesem Punkt mal ganz konservativ und folgt den Fakten: Geld das man nicht hat, kann man nicht ausgeben.

Die FDP lehnt deshalb den von CDU und FWG gemeinsam vorgelegten Antrag zur Umlagensenkung ab.

Herr Landrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen:

Warum halten wir uns nicht an das, was wir vor drei Jahren klar vereinbart haben?

Die Erhöhung der Kreisumlage um 0,3% - das war übrigens ein Vorschlag der FWG, ich habe noch einmal nachgeschaut, war notwendig, weil aus finanztechnischen Gründen die „Vorabmilliarde“ des Bundes für die Eingliederungshilfe nicht komplett direkt an die Landkreise als Träger der Aufgabe weitergeleitet wurde, sondern knapp die Hälfte bei den Gemeinden und zwar durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer gelandet war. Dieses Geld haben wir uns über diese Umlageerhöhung um 0,3% zurückgeholt. Wir haben aber auch gesagt, dass wir diese Erhöhung im Jahr 2018 wieder zurücknehmen, weil die Zuwendungen des Bundes dann auslaufen. Das, meine Damen und Herren, halte ich für seriös. Man trifft Vereinbarungen und hält sie ein.

Die Verwaltungsvorlage zum Haushaltsplan, für die ich mich an dieser Stelle für die FDP übrigens herzlich bei Ihnen, Herr Landrat, vor allem aber auch bei Herrn Menche, Frau Holl und den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung bedanke, ist seriös und bleibt auf dem guten Weg, den wir 2014 zur Konsolidierung unseres Kreishaushaltes begonnen haben. Ich meine, wir sollten diesen Weg weitergehen, das sind wir letztendlich nicht nur uns als Mitglieder des Kreistages, sondern vor allem den Bürgerinnen und Bürgern unseres Rhein-Lahn-Kreises schuldig.

Bezug auf Antrag der SPD

Vorschlag Senkung um 0,3% bei gleichzeitig aufgezeigten Einsparungsvorschlägen, sodass schwarze Null gewährleistet ist.

Ich mache mich bei diesem Vorschlag vorsichtig mit auf den Weg der vorzeitigen Entlastung der Kommunen, melde aber gleichzeitig meine Zweifel an, ob die ADD diesen Vorschlag mitträgt – wir werden sehen!

Meine Damen und Herren,

dem Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftszentrums für 2017 stimme ich ebenfalls zu. Der Wirtschaftsplan weist zwar einen Jahresverlust von 1,635 Mio € aus - dem gegenüber steht aber das Betriebsergebnis - also die tatsächliche Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen - das sich weiterhin positiv darstellt. Der Ausgleich des nicht gedeckten Verlustvortrages aus den Rücklagen scheint gerechtfertigt, da bei einem vorhandenen Eigenkapital von 12,5 Mio und einer Liquidität von 23,7 Mio eine angemessene Eigenkapitalausstattung vorhanden ist.

Kritisch sehe ich nach wie vor die im vergangenen Jahr getroffene Entscheidung zur Rekommunalisierung des Abfallwirtschaftszentrums in Singhofen.

Dies hat einmal grundsätzlich ordnungspolitische und finanztechnische Gründe

Ordnungspolitisch ist die Entscheidung aus Sicht der FDP falsch. Ohne Not getroffen. Die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch die Stabilität der Abfallgebühren stand zu keiner Zeit in Frage.

Ab dem Jahr 2017 haben wir im Eigenbetrieb anstatt 22,2 Stellen 54,28 Stellen zu bewirtschaften – dies ist ein immenser Aufwuchs an Personal, der mit einer ebenso immensen Verantwortung einhergeht.

Wir werden in den kommenden Jahren deshalb insbesondere die Entwicklung der Personalkosten im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön noch einmal an die gesamte Verwaltung, aber auch an Sie, für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Ich wünsche mir, dass wir uns ein sachliches und zwischenmenschlich angenehmes Miteinander auch im kommenden Jahr bewahren.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Neue Jahr.